



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Boas, Ludwig: der französische Revanchegedanke und deutsche
Französelei

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Der französische Revanchegedanke und deutsche Französelei

Von Dr. Ludwig Soas

I. Franzose und Französling.



Die „Bosische Zeitung“ hat sich am 7. September 1920 (Nr. 441) zum Sprachrohr eines französischen „Versöhnungspolitikers“ gemacht; der ihren Berichterstatter Dr. Wilhelm Feldmann über die vor dem Kriege in Frankreich herrschende „wahre Gesinnung“ aufklärte, um für die Ausöhnung Deutschlands und Frankreichs zu wirken. Nach der „Überzeugung“ jenes Franzosen wird die Verständigung dadurch erschwert, daß große Teile des deutschen Volkes an der Ansicht festhalten, Frankreich habe einen Revanchekrieg zur Rückeroberung Elsaß-Lothringens erstrebt und mache Deutschland wider besseres Wissen für den Krieg von 1914 verantwortlich. „Wenn es gelänge,“ folgert der Franzose, „das deutsche Volk davon zu überzeugen, daß seine Auffassung von der Schuld Frankreichs unhaltbar ist, würde es die gesamte Schuldfrage und damit auch das Wiedergutmachungsproblem mit anderen Augen betrachten und notwendig zu der Gesamteinstellung gelangen, die als Voraussetzung für den aufrichtigen Willen zur Friedenserfüllung zu gelten hat.“

Unser „Versöhnungspolitiker“ streitet also jeden Zusammenhang zwischen Frankreichs elsäß-lothringischen Revanchehoffnungen und dem Kriegsausbruche ab. Der offen ausgesprochene Zweck dieser Darstellung ist, das deutsche Volk so bußfertig und zerknirscht zu stimmen, daß es mit der ganzen Inbrunst des Reumütigen auf die Erfüllung der Bestimmungen des Friedens von Versailles bedacht sei. Je vollständiger eine derartige „Versöhnungs“-Taktik die Bestrebungen des amtlichen, das Schlockinstrument des Gewaltfriedens vorzeigenden Frankreichs zur Nichtsnur nimmt, desto eigenartiger erscheint sie als Ergebnis einer privaten „Versöhnungspolitik“. Unbekümmert um die Übereinstimmung, die zwischen den Zielen der Schlockpolitik des Quai d'Orsay und jener „Versöhnungspolitik“ besteht, erklärt Dr. Feldmann, sich dem Gedankengange seines Gewährsmannes nicht entziehen zu können, weil er selbst überzeugt sei, daß Frankreich den Krieg nicht gewollt habe. So unterstützt ein Deutscher und ein deutsches Blatt als sein Auftragegeber die französischen Bemühungen um die Schaffung eines deutschen Volkes, das sich in härenem Bußkleide widerspruchslos das Joch wirtschaftlicher Versklavung auferlegen läßt! Nach Spaa und vor Genf, zu einer Zeit, wo das Schlimmste droht und die Einhelligkeit der öffentlichen Meinung Deutschlands nicht die schwächste unter den wenigen der Berliner Regierung zu Gebote stehenden Waffen bildet, ist solche Unterstützung Frankreichs — an sich unerhört — wahrlich keine belanglose Sache. Aber Dr. Feldmann begnügt sich damit nicht, sondern geht in der Dienstbeflissenheit gegenüber Frankreich noch erheblich weiter. Mit prahlerischer Weitschweifigkeit erzählend, daß er im Frühling 1919 von einer — nicht näher bezeichneten — Berliner Stelle ersucht worden sei, Material für eine Darstellung der Entwicklung des Revanchegedankens in Frankreich zu sammeln, berichtet er:

„Das Ergebnis meiner Sammeltätigkeit war der schlagende Beweis dafür, daß der Gedanke des Rachekrieges in Frankreich von Jahr zu

Jahr Anhänger verloren hat und dafür die Friedensbewegung wachsende Erfolge verzeichnen konnte, bis die Politik Deutschlands, besonders seit der Marokkoaffäre von 1905, einen Umschwung herbeiführte, weil Frankreich sich bedroht fühlte und immer ernster an die Möglichkeit eines deutschen Angriffs glaubte.“

Hier zeigt sich Feldmann französischer als sein Franzose! Denn dieser hat zwar jeden Zusammenhang zwischen Kriegsausbruch und Revanchegeanken bestritten, aber nichts über den französischen Revanchegeanken im allgemeinen gesagt. Feldmann jedoch malt letzteren als ein hinwelkendes Pflänzchen, das erst durch deutsche Schuld, besonders unter den Glüssen des Marokkohandels, von neuem aufgelebt sei. Wie lieblich muß den Franzosen aus deutschem Munde solche Bescheinigung ihrer Lammatur trotz der gleichzeitigen Feststellung eines „Umschwunges“ klingen! Hätte Feldmann diese Feststellung, mit Rücksicht auf den von ihm selbst gebilligten Gedankengang seines Franzosen, als einen rollenwidrigen Seitensprung empfunden, zu dessen schleuniger „Wiedergutmachung“ er verpflichtet sei, dann würde er sich nicht anders haben verhalten können, als er sich tatsächlich verhalten hat. Zum ersten nämlich führt er, Feldmann der Deutsche, die Sache der Deutschenhasser Poincaré und Millerand wider die französisch=sozialistischen Gegner ihrer Rüstungspolitik, indem er beiden nur Verteidigungsabsichten zuschreibt. Zum zweiten verkehrt er den Zweifel an der Friedfertigkeit Frankreichs, den die deutsche Regierung 1914 handgreiflich mit dem Verlangen nach Auslieferung französischer Festungen bekundete, ganz einfach in sein Gegenteil. Zum dritten deutet er an, daß man ihm jenes oben erwähnte Material nicht zurückgebe, weil es das Schwinden des Revanchegeanken unanfechtbar beweise. Zum vierten verteidigt er den französischen Geschichtsschreiber Ernest Lavisse (auf den es ihm scheinbar hauptsächlich ankommt) u. a. gegen den Vorwurf einer deutschen Propagandaschrift, in den Schulen der Revanchehege gehuldigt zu haben.

Auf diese vier Punkte soll jetzt nicht näher eingegangen werden, sie mögen als gaumentigende Würze zu dem politischen Beckerbissen, den Feldmann in Gestalt seiner Ansicht von der Entwicklung des Revanchegeanken in Frankreich den Franzosen vorsetzt, auf sich beruhen bleiben.¹⁾ Den Beckerbissen selbst aber wollen wir schärfer ins Auge fassen, weil er einerseits weder ohne Vergewaltigung der wirklichen Begebenheiten, noch ohne Mißachtung früherer Urteile der „Vossischen Zeitung“ selbst serviert werden kann, und weil er andererseits, wie am Schlusse darzulegen ist, einer wahrhaften deutsch=französischen Verständigung nicht nur nicht dient, sondern vielmehr entgegenwirkt.

II. Bekundungen des französischen Revanchegeanken 1898—1905.

1. Die Pariser Regierung.

Wäre Feldmanns Ansicht von der Entwicklung des Revanchegeanken in Frankreich zutreffend, so müßten auch die sieben Jahre, die, rund gerechnet, dem

¹⁾ In Nr. 420 der „Täglichen Rundschau“ vom 8. September 1920 habe ich urkundlich nachgewiesen, daß Lavisse Erzieher zum Revanchegeanken in Frankreich war. D. Verf.

Ausbrüche des Marokkostreites vorausgingen, sie als richtig bestätigen. Denn gerade in dieser Zeit, während der Delcassé unter wechselnden Ministerien die rußwärtige Politik leitete, waren mannigfache Vorbedingungen für das Abflauen der deutschfeindlichen Strömung in Frankreich vorhanden. Die große Rechtsfrage der Revision des Dreifusprozesses und der kirchenpolitische Streit lenkten die Aufmerksamkeit der französischen Nation auf das innere Staatsleben, teilten sie in feindliche Lager und schienen geeignet, die überlieferte Rachsucht zu dämpfen. Wo das Staatsoberhaupt auf offener Rennbahn vor den Augen der fremden Diplomatie Stockhiebe abwehren mußte, wie es Loubet am 4. Juni 1899 in Auteuil erlebte; wo Generale auffällig wurden, Geistliche gegen die neuen Gesetze sich auflehnten, Unruhen in zahlreichen Städten ausbrachen, kurz, anti-republikanische Umtriebe in einem Grade hervortraten, der Waldeck-Roussieu als Ministerpräsidenten zu der Erklärung nötigte: „Das Ministerium hat die Aufgabe übernommen, die Republik zu verteidigen —“, da hätte die Stimme des Deutschenhaßes um so eher schweigen können, je mehr die Fajshoda-Schmach Frankreichs öffentliche Meinung gegen England erbittert hatte. Hierzu kam, daß die Pariser Weltausstellung ihre kühnsten Schatten vorauswarf, und daß im fernen Osten deutsche und französische Truppen äußerlich zusammenwirkten.

Trotz alledem hat der Revanchegedanke, wie wir auch ohne Kenntnis der sorgsam verschlossenen Pariser Akten wissen, in jenen sieben Jahren eine Entwicklung genommen, die G. Egelhaaf schon vor dem Ausbruch des Weltkrieges (1913) berechtigte, in der 4. Auflage seiner „Geschichte der neuesten Zeit“ (S. 511) klipp und klar auszusprechen, daß Delcassé „systematisch auf die Vereinzelung Deutschlands und womöglich einen Koalitionskrieg gegen uns hinarbeitete.“²⁾ — Gewissermaßen der Auftakt dazu war einerseits das Bemühen Delcassés, seine deutschfeindlichen Gesinnungsgenossen P. Cambon und Barrère als Botschafter nach London bzw. Rom zu bringen, anderenteils das Abbrechen der aussichtsvollen Verhandlungen, die sein Vorgänger Hanotaux mit Deutschland über die portugiesischen Kolonien angeknüpft hatte.³⁾ Selbst vor einer öffentlichen Andeutung deutschfeindlicher Absichten ist Delcassé nicht zurückgeschreckt, da er am 24. November 1899 in der Kammer vom russisch-französischen Bündnis rühmte: „Diese Allianz erlaubt uns, weitreichende Pläne zu unternehmen, aber um sie auszuführen, bedarf es Geduld, Konsequenz und Zeit.“

Der Abschluß mehrerer Schiedsgerichtsverträge mit England als Vorbereitung des englisch-französischen „herzlichen Einvernehmens“, das Tripolis-Marokko-Abkommen mit Italien, die Festigung des russisch-französischen Bündnisses, von dem Loubet am 21. September 1901 während des Zarenbesuches in Reims rühmte: „Das Bündnis entwickelt sich mit den Jahren“, und der Marokkovertrag mit England (vom 8. April 1904), der die Verdrängung Deutschlands aus

²⁾ Der spätere Präsident der Republik Deschanel hat bereits 1900 in der Rede, die er zur Aufnahme in die Akademie hielt, das Thema „Entente mit England als Ergänzung des Bündnisses mit Rußland“ unter dem Gesichtspunkte erörtert, „bei dem künftigen Auseinanderfall des zentralen Europas eine schöne Partie zu spielen, die nicht nur Metz, sondern auch an der Donau den Rhein wieder einbringen könne“. Vgl. „Kölnische Zeitung“ Nr. 1330 des Jahrgangs 1904.

³⁾ Vgl. J. Haschagens „Umriss der Weltpolitik“ I, S. 89.

Marokko, die Tunifikation dieses Landes (wie das „Journal des débats“ ausgeplaudert hat) herbeiführen sollte, sind wichtige Vorbereitungen zur Verwirklichung jener „weitreichenden Pläne“. Daß diese gegen Deutschland zielten, geht ferner aus der Zurückhaltung hervor, die Delcassé angesichts Herausfordernd deutschfeindlicher Schritte des Generals Boyron und zweier Amtsgenossen beobachtete. General Boyron, Kommandeur der französischen Truppen in China während des Boxeraufstandes, hat Ende Oktober 1901 im „Matin“ mehrere von ihm an den Grafen Waldersee gerichtete Briefe veröffentlicht, die zeigen, wie geflissentlich er die französischen Truppen dem deutschen Oberkommando entzogen und dessen Anordnungen zuwidergehandelt hatte. Noch schlagendere Beläge des Deutschenhasses enthalten zwei Ministerreden aus dem Jahre 1902. Bei der Einweihung des Kriegerdenkmals in Villedufranche sagte der Kriegsminister André am 15. August 1902 u. a.: „Der Soldat, den das Denkmal darstellt, ist der Soldat der Zukunft, der Frankreich auch seine materielle Größe wiedergeben wird; er schuldet dem Lande, das er zu verteidigen geschworen hat, alles, selbst das Opfer gewisser persönlicher Überzeugungen; dieser Soldat der Zukunft wird der Rächer Frankreichs sein; diesem Rächer bewahren wir unsere Palmen auf.“

Revanchefanfaren ließ auch der Marineminister Pelletan vernehmen, als er am 15. September 1902 in Biserta ausführte: Am Ende des 19. Jahrhunderts, nach der Niederwerfung Frankreichs durch die Barbarei des alten Germaniens, habe man den Rückfall in das Gewaltrecht erlebt, während dessen die ganze Welt von dem Grundsatz, daß Gewalt vor Recht gehe, beherrscht erschienen sei. „Wir müssen alle unsere Anstrengungen darauf richten, das Genie Frankreichs als die Quelle der Gerechtigkeit und des Rechts (!) intakt zu erhalten.“

2. Die französische Kammer.

Der gleiche Geist hat sich in der französischen Kammer wiederholt und besonders bei Anlässen von charakteristischer Bedeutung gezeigt. Selbst der pazifistische „Genosse“ Jaurès, der am 23. Januar 1903 äußerte, daß er die endgültige Lösung der elsass-lothringischen Frage von dem auf allgemeine Abrüstung gestützten Frieden erwarte, hatte dieser Phantasie unter dem Beifall der gesamten Kammer die Worte vorausgeschickt: „Frankreich hat eine Verstümmelung erlitten, die eine Rechtsverletzung war; wir werden den Triumph der Gewalt über das Recht niemals akzeptieren können.“ — Unverhohlen trat die Revanchehoffnung in der Kammer Sitzung vom 10. März 1903 hervor, in der Abgeordneter Millevoye erklärte: „Das Recht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen sei unbestreitbar, und eine Entwaffnung sei unmöglich, bevor diese Frage nicht gelöst sei.“ — Ein derartiges Geständnis darf bei der Beurteilung der Tatsache, daß die Kammer Abrüstungsanträge der äußersten Linken mit überwältigender Mehrheit abzulehnen pflegte, nicht außer acht gelassen werden. Auf Mittel und Wege zur Lösung der elsass-lothringischen Frage ging überdies der Abgeordnete Boni de Castellane am 20. November 1903 in folgenden, die Politik Delcassés unbewußt kennzeichnenden Ausführungen ein: Die Politik Delcassés sei, wie man sage, auf die Vereinzlung Deutschlands gerichtet; Frankreich müsse sich England zum Freunde halten, da es für Frankreich darauf ankomme, eines Tages seine Stellung am Rhein wiederzugewinnen und seine Politik danach einzurichten, daß sich „im

Falle einer Konflagration oder friedlichen Änderung der Karte Europas" diese „Zurücknahme" ermöglichen lasse.

Abertroffen wird die Bedeutung solcher Kundgebungen einzelner durch die revanchelisierte Haltung der gesamten Kammer vom 23. November 1903. Sie offenbarte sich in elementarer Weise, als der Abg. de Pressensé die Revanche für Elsaß-Lothringen verworfen hatte. „Beifall auf der äußersten Linken; lebhafter Widerspruch rechts, im Zentrum und auf verschiedenen Bänken" verzeichnet dazu das Pariser Amtsblatt. Dem förmlichen Widerspruch der Nationalisten Rouffet, Sybeton und anderer schloß sich Doumer als Präsident der Budgetkommission mit den Worten an: „Ich habe nicht nötig zu erklären, daß der Berichterstatter (de Pressensé) bei seinem Eingreifen dieser Art nur in seinem persönlichen Namen spricht." — Hierzu verzeichnet das Amtsblatt, wie die „Völn. Ztg." am 28. Dezember 1904 (Nr. 1330) hervorhob: „Lebhafte Beifall im Zentrum, rechts und auf verschiedenen Bänken." — Dem entsprach vollständig die Ablehnung, auf die der Abg. Jaurès am 10. November 1904 mit dem Verlangen stieß, der Zweideutigkeit des Schweigens und der Vorbehalte in der französischen Politik gegen Deutschland ein Ende zu machen; die Antwort der Republikaner aus beiden Lagern war eine runde Absage, die Friedenspolitik Frankreichs so zu begreifen, daß sie den Verzicht auf die Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen unter dem ausdrücklichen Ausschluß gewaltsamer Mittel hierfür bedeute. Und dabei hatte Jaurès seinem Verlangen ausdrücklich hinzugefügt: „Ich will damit nicht sagen, daß wir das vor 34 Jahren vergewaltigte Recht preisgeben sollen; meine Freunde und ich wollen aber nicht von den Zufälligkeiten der Gewalt die Wiedergutmachung der Vergewaltigung und die Erfüllung des Rechtes fordern." — Ungeachtet dieser Kammerstimmung überrascht es kaum, daß die französische Regierung in einer am 22. Januar 1904 verhandelten Interpellation heftig angegriffen wurde, weil der deutsche Reichstagsabgeordnete Delfor, der in Frankreich einen Vortrag über kirchlich-religiöse Fragen halten wollte, jedoch ausgewiesen war, im Ausweisungsbefehl gemäß den Tatsachen als „deutscher Untertan" bezeichnet wurde!

3. Die Pariser Presse.

Ein treues Spiegelbild der von Delcassé befolgten deutschfeindlichen Politik und der in der Deputiertenkammer genährten Revanchehoffnung war naturgemäß die Pariser Presse. Duzende von Artikeln habe ich während der Jahre 1898 bis 1905 dieser Erscheinung im „Berliner Politischen Tagesdienste" gewidmet; nur das Wichtigste davon kann hier gestreift werden. Werfen wir zunächst einen schnellen Blick auf die mittelbare Bekundung des Revanchegedankens, die in deutschfeindlichen Treibereien bestand. Da nahm die Minierarbeit gegen den Dreibund unter Umwerbung Italiens und unter Verhezungsvorversuchen gegenüber Österreich-Ungarn die erste Stelle ein. Die Gepflogenheit, Frankreich als die Macht auszugeben, die Österreich-Ungarn vor Deutschland Sicherheit bietet, hat freilich Mitte April 1904 den durch das französisch-englische Marokkoabkommen „ermutigten" „Figaro"-Politiker de Coubertin nicht von der Empfehlung eines englisch-französisch-russischen Bündnisses abgehalten, dem die Lösung der „österreichischen Frage" obliegen sollte. „Für solche Aufgaben", schrieb Herr de Coubertin, „bedarf es eines Frankreichs mit gefürchtetem Degen." — Die Vertiefung des

Gegensatzes zwischen Deutschland auf der einen, Großbritannien und Rußland auf der anderen Seite lief den Anschlägen gegen den Dreibund parallel. Mußten Falschmeldungen über deutsche Flottenpläne die in England vorhandene Unruhe steigern, so wurden deutsch-russische Streitigkeiten auf wirtschaftspolitischem Gebiet maßlos aufgebauscht, um Rußland mit dem Gedanken des Krieges gegen Deutschland vertraut zu machen. Selbst die untergeordnete deutsch-russische Meinungsverschiedenheit wegen Gänsetransports riß am 24. Juli 1898 sogar den ernsthaften „Temps“ zu der Prophezeiung hin: „Seit der klassischen Zeit haben die Gänse die Rolle gewechselt; sie retteten einst das Kapitol, sie verwickeln heute ihre respektiven Vaterländer in einen Krieg.“ — Wohin dergleichen gresle Übertreibungen zielten, verriet Ende Januar das „Echo de Paris“, indem es die Möglichkeit einer ungünstigen Gestaltung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen als die „Morgenröte naher Genugtuung“ für Frankreich beurteilte. Sicherlich spielten solche Hoffnungen auch beim Schüren des den europäischen Frieden bedrohenden mazedonischen Brandes eine Rolle, das während des Dezembers 1903 und während des Februars 1904 in mehreren Pariser Blättern als heftiges Drängen, über das österreichisch-russische Mürzsteger Programm hinauszugehen, bemerkbar war.

Die Fäden dieses publizistischen Gewebes zeichneten sich eben nicht durch Feinheit aus; weit gröber jedoch war das Gespinnst, das aus inneren deutschen Angelegenheiten giftgetränkte Schlingen für Deutschland liefern sollte. Bevorzugte Gegenstände in Tendenzmeldungen waren hierbei einmal die Beziehungen des Berliner Hofes zu den süddeutschen Höfen, dann die Reden des Prinzen Ludwig von Bayern. Nach beiden Richtungen haben weder die Agence Havas (z. B. Mitte Dezember 1903 in ihrem Bericht über eine Reichsratsrede des Prinzen), noch die Zeitungen selbst (z. B. der „Kappel“ Ende Oktober in einem Bericht über preußische Ansprüche auf die Pfalzbahnen) ihre Entstellungskunst oder Erfindungsgabe geschenkt. Auch die wirtschaftliche Lage Deutschlands wurde mit Vorliebe in feindseligster Weise erörtert. Der Leipziger Bankbruch erquickte die Pariser Presse als „Le Krach allemand“, und der „Figaro“ ließ sich bei dieser Gelegenheit aus Berlin die legendäre Redensart drahten: „Uns kann nur der Krieg aus der Affäre ziehen.“ Der „Temps“ aber schöpfte am 14. April 1905 aus dem Zustande der Reichsfinanzen die Hoffnung, daß das deutsche Volk durch Finanznöte gezwungen werden könne, sowohl auf die Rolle des sozialpolitisch führenden Staates wie auf die einer Weltmacht zu verzichten! Welche Verdrehungen ferner die Pariser Presse ihren politischen Mitarbeitern erlaubte, wenn diese Preußens Polenpolitik mit Anklagen überhäuften, deren heuschlerische Natur heute, nach der Vergewaltigung unserer Landsleute in Posen und Westpreußen durch das neue polnische Staatswesen, keinem Gutgläubigen zweifelhaft sein kann, dafür ist der Leitartikel des „Temps“ vom 21. Dezember 1904 symptomatisch. Der Deutschenhaß gewann des weiteren entscheidenden Einfluß auf die Pariser Federn selbst dann, wenn er durch ein gemeinsames politisches Vorgehen Deutschlands und Frankreichs hätte zum Schweigen gebracht sein müssen. So erklärt sich die Genugtuung, mit der die oben erwähnte Veröffentlichung des Generals Boyron an der Seine begrüßt wurde; so erklärt sich 1902/1903 die Parteinahme auch tonangebender französischer Blätter für Venezuela, obwohl Deutschland, Frankreich

und England gegen dieses zusammen aufgetreten waren; so erklärt sich der Tadel, den nationalistische Zeitungen über die Kraftwagenfahrt Paris—Berlin vom 27. Juni 1901 verhängten, weil sie eine Annäherung an Deutschland sei.

Die Deutschen sollten eben für Frankreich „Feinde“ bleiben, wie Gaston Deschamps nach der Rückkehr aus Elsaß-Lothringen uns in einen langen, an der Spitze des „Figaro“ im September 1898 oder 1899 veröffentlichten Berichte mit dankenswerter Ehrlichkeit genannt hat. Aus jeder Zeile dieses Berichts spricht tiefer Groll gegen Deutschland, bohrender Schmerz über den Verlust der beiden Provinzen und — die Hoffnung auf ihre Rückeroberung durch Frankreich. Um das große französische Publikum für Reisen nach Elsaß-Lothringen zu gewinnen, wurde in Paris Anfang 1905 das Reisebureau „Vers l'Alsace“ gegründet, dessen die Pariser Presse sich mit lebhaftestem Eifer annahm. Daß die Kunden dieses Reisebureaus ihre politischen Gedanken vers l'Alsace richten sollten, liegt auf der Hand. Wie sicher sie aber sein konnten, dabei dem Minister des Auswärtigen Delcassé zu begegnen, hat der Deutschenresser Stephan Lauzanne im „Matin“ nach einer Unterredung ausgeplaudert, die er am 15. Februar 1903 mit Delcassé über Mazedonien gehabt hatte. Delcassé gab bei dieser Gelegenheit folgende Erklärung der Gründe, aus denen Frankreich über die diplomatische Unterstützung des Reformprogramms nicht hinausgehen werde:

„Nein, das werde ich niemals tun, weil kein Minister der auswärtigen Angelegenheiten es tun könnte, weil Frankreich nicht das Recht hat, für eine Sache, die nicht ausschließlich die seinige ist und die niemals ausschließlich die seinige war, 30 Jahre der Arbeiten und Anstrengungen zu riskieren.“ — Was Delcassé hiermit meinte, schlug Lauzanne an die große Glocke, indem er erläuternd fortfuhr: „Hier hielt der Minister inne; Stillschweigen schwebte über uns; er dachte, wir dachten an Männer und an Dinge, die man nicht vergessen soll, auch wenn man nicht von ihnen spricht.“

Also aus Rücksicht auf den Revanchekrieg gegen Deutschland mochte Frankreich sich nicht in andere riskante Unternehmungen einlassen. Das war (solange es keine europäische Konflagration gab) die Ansicht nicht nur des Herrn Lauzanne, sondern auch des Herrn Delcassé. In der Tat, Lauzanne hatte Ursache, von der Kundgebung Delcassés zu rühmen: Sie verdiene es, daß man bei ihr verweile und über sie nachdenke! Fast unmittelbar vorher durfte sich der „Matin“ an dem Haß laben, der wegen des venezolanischen Streites in England und in Nordamerika gegenüber Deutschland zutage getreten war. Der „Matin“ fand solchen Haß in Italien nicht weniger als in Ungarn und in Rußland. Verantwortlich aber machte das genannte Blatt für diesen „Riesenkrach“ weder den deutschen Kaiser noch den Grafen Bülow; es schrieb vielmehr:

„Es ist der Großvater des Kaisers, der alte stahlgepanzerte König, der nur von Eroberungen und Schlachten träumte (!), und es ist sein Meister, der eiserne Kanzler., sie sind es, die ihm (Wilhelm II.) den Haß der Welt eintragen, in den man ihn zu dieser Stunde wie in einen Schraubstock einschließt. Sie sind es, Wilhelm von Hohenzollern und Bismarck von Schönhausen, welche dieses störrische, gereizte, aufreizende Kaiserreich geschaffen haben, das seit einem Viertel-

jahrhundert Europa herausfordernd betrachtet, und das Europa heute mit scheelen Blicken ansieht. Sie sind es, die dadurch, daß sie Deutschland verpreußten, ihm die Sympathie nahmen, die einst seine tiefe Wissenschaft und seine arbeitsame Bescheidenheit umgab; sie sind es, die aus dem Schoße von Sitten, die man gemildert glaubte, tausend barbarische Leidenschaften hervorsprießen ließen; und der Haß, der zu dieser Stunde allmählich sein Volk (das Volk Wilhelms II.) überzieht, ist trotz allem ein schöner Haß, denn es ist der Haß gegen die Macht, den Despotismus und die Brutalität."

Verbrämt mit wohlbekanntem Freiheits- und Kulturphrasen, deren Hohlheit die Gewalttat von Versailles, die Knechtung Deutschlands im allgemeinen und die französische Willkürherrschaft über Oberschlesien im besonderen fast mit jedem neuen Tage von frischem erhärten, klingt durch diesen „Haßgesang“ der Schreier nach Rache für Sadowa, für die Begründung einer starken, geeinten, gleichberechtigten deutschen Großmacht als solchen; das Bismarckisch-Wilhelminische Werk an sich, nicht die auswärtige Politik ihrer Nachfolger wird als die einzige Quelle des Hasses gegen Deutschland namhaft gemacht, und die Sehnsucht nach den Zeiten, da die Deutschen nur das Volk der Dichter und Denker waren, findet in der Darlegung des „Matin“ einen geradezu klassischen Ausdruck. Dieser Bestandteil der französischen Revanchepolitik darf in Deutschland um so weniger übersehen werden, je eindringlicher er — den Clemenceau und Foch in Fleisch und Blut übergegangen — zur Wachsamkeit gegenüber der künftigen Politik Frankreichs mahnt, das die vollständige Zertrümmerung Deutschlands bisher noch nicht erreicht hat. Während des Zeitraumes 1898—1905 überwog naturgemäß der Revanchegedanke im engeren Sinne, das heißt wegen Elsaß-Lothringens. Auch eine Dresdener Korrespondenz, die der „Temps“ am 22. November 1903 veröffentlichte, feiert das französische Volk als die auf dem Gebiete der internationalen Schiedsgerichte am meisten vorgeschrittene Nation, um folgendes Bekenntnis zum Revanchegedanken abzulegen:

„Wir haben aber die Pflicht, indem wir von dem fernen Ideal träumen, nicht die nahe Wirklichkeit aus dem Auge zu verlieren. Wir haben Zurückforderungen zu formulieren, die wir niemals vergessen sollten. Und in der zukünftigen Zeit muß der französische Gedanke energisch repräsentiert werden, wenn wir wollen, daß er den Platz einnimmt, der ihm gebührt. Mühen wir uns zu glauben, daß die deutsche Seele, die italienische Seele, um nur von den nächsten Völkern zu sprechen, sich auf derselben Stufe des Fortschritts befinden wie die französische Seele. Wir sind weit voraus, und deswegen ohne Zweifel träumen wir von universaler Brüderlichkeit (!), während die anderen noch die nationale Brüderlichkeit verlangen.“

Drei Tage nach dieser Veröffentlichung des „Temps“, am 25. November 1903, hat der Generalrat des Seinedepartements der „universalen Brüderlichkeit“ der Franzosen ein artiges Denkmal gesetzt: er lehnte alle Anträge ab, die von ihm Beschlüsse zugunsten einer internationalen Abrüstung forderten, und beschloß, den Wortlaut des 1871 in der Nationalversammlung zu Bordeaux von den elsass-lothringischen Abgeordneten verlesenen Protestes gegen die

Abtretung Elsaß-Lothringens in den Schulen des Departements anzuschlagen!

Zur selben Zeit wandte sich Clémenceau in der „Aurore“ mit folgenden Worten gegen de Pressensés oben erwähnte Ablehnung der Revanchepolitik: „Pressensés will keine Revanche für Elsaß-Lothringen, und weil er keine will, gestattet er auch nicht, daß irgend jemand in dieser Hinsicht anders denke als er. Solch' Gedanke ist wirklich etwas kurzichtig, und niemand darf sich über den Widerspruch wundern, der sich von allen Seiten erhob.“ — Eine ganz ähnliche Abweisung widerfuhr de Pressensés durch den Sozialistisch-Radikalen de Vanesson im „Siècle.“ Als aber ein Jahr darauf Jaurès' Ablehnung einer gewalttätigen Revanche die „Köln. Ztg.“ zu dem Wunsche veranlaßt hatte, die Franzosen möchten das „mutige Bekenntnis“ ablegen, daß sie auf jeden Gedanken an Revanche verzichtet hätten, schwiegen entweder die tonangebenden Organe der öffentlichen Meinung Frankreichs oder sie nahmen, wie der „Temps“, im ablehnenden Sinne das Wort.

III. Widerlegung der „Voss. Ztg.“ durch die „Voss. Ztg.“

Die bisher aufgeführten Bekundungen des französischen Revanchegedankens sind weit davon entfernt, ein vollständiges Bild seiner Entwicklung für die Jahre 1898—1905 zu geben. Erst das Studium der noch streng geheim gehaltenen Pariser Staatsakten, die genaue Durchforschung der Parlamentsverhandlungen und der Presse, der gesamten wissenschaftlichen, belletristischen, politischen und pädagogischen Literatur, endlich die Prüfung des Verhaltens der Selbstverwaltungskörper wird eine erschöpfende Darstellung unseres Gegenstandes ermöglichen. So wenig letztere hier geplant sein konnte, so schlagend beweist das beigebrachte Material die Unrichtigkeit der Behauptung Feldmanns, „daß der Gedanke des Rachekrieges in Frankreich von Jahr zu Jahr Anhänger verloren hat und dafür die Friedensbewegung wachsende Erfolge verzeichnen konnte, bis die Politik Deutschlands, besonders seit der Marokkoaffäre von 1905, einen Umschwung herbeiführte..“

Nein! Reichskanzler Fürst Bülow hat ziemlich am Vorabend des Ausbruchs der Marokkokrise, in der Reichstagsitzung vom 9. Dezember 1904, mit vollem Recht in Frankreich „Revanchegelüste“ festgestellt, die ihn abhielten, die Stimmung jenseits der Vogesen „optimistisch anzusehen“. Auch die „Voss. Ztg.“ dürfte heute nicht anders urteilen, wenn sie nicht, ohne hierzu durch irgendeinen sachlichen Grund veranlaßt zu sein, ihre eigenen früheren Urteile preisgäbe! Das lehrt unwiderlegbar die Durchsicht einer Reihe von Artikeln, die das demokratische Blatt ehemals über hervorragende Fälle der oben mitgeteilten Bekundungen des französischen Revanchegedankens veröffentlicht hat. Man höre! In dem „Der Rächer Frankreichs“ betitelten Leitartikel ihrer Nr. 382 vom 16. August 1902 schrieb die „Voss. Ztg.“ über die Revancherede des Kriegsministers André (s. oben):

„Am Ende könnten sich einige gute Leute, die vertrauensselig an die Ausöhnung Deutschlands mit Frankreich glauben, plötzlich beunruhigt fühlen. Wir haben die Vertrauensseligkeit nicht geteilt und sind darum von dem Hinweis auf die Rächer Frankreichs nicht überrascht. Was General André sagt, hat jeder Kriegsminister, jede Regierung der Republik seit einem Menschenalter gedacht, gehofft. Sie alle haben den Tag ersehnt, wo Frankreich die

Reichslande wiedergewinne und die Scharte von Sedan ausweze... Man hält im Deutschen Reiche kaltblütig das Pulver trocken. Aber nützlich ist die Geschwägigkeit des französischen Kriegsministers auch dem deutschen Volk, insofern sie unnützen Schwärmereien ein Ende macht. Es gibt Leute, die uns seit Jahr und Tag vorreden, wir seien auf dem besten Wege zu einem Bündnis mit Frankreich und Rußland. Das sei ein Ziel, aufs innigste zu wünschen..."

Kann die Beständigkeit des Revanchegedankens für alle Regierungen, die Frankreich seit 1871 hatte, bündiger anerkannt werden? Nach der Revancherede des Marineministers Pelletan (s. oben S. 90) hielt die „Voss. Ztg.“ es für geraten, vor der Zuverlässigkeit der französischen Friedensliebe in einem leitenden Zwischenartikel ihrer Nr. 434 vom 16. September 1902 folgendermaßen zu warnen:

„Man muß vor Leuten, die absichtlich einige Wanderer anrempeln, ebenso auf der Hut sein, wie vor mutwilligen Kindern, die mit dem Feuer spielen... Durch Anfachung des Chauvinismus soll der im Innern angesammelte Zorn nach außen abgelenkt werden. Erschwerend aber ist der Umstand, daß gerade die beiden Minister, welche an der Spitze der Wehrmacht stehen, die Trommel rühren. Das wirft ein scharfes Schlaglicht auf die Zuverlässigkeit der Friedensliebe, mit der man sonst... in Frankreich flunkert.“

Die Verleugnung der beiden Revanchereden durch den Ministerpräsidenten Combes, nach den Geboten der diplomatischen Höflichkeit unvermeidbar, hat zwar die „Voss. Ztg.“ und ihren Pariser Mitarbeiter befriedigt; gleichwohl ist aus des letzteren Feder in der Nr. 447 der „Voss. Ztg.“ vom 24. September 1902 über den Kriegsminister André zu lesen:

„Er war kälteren Blutes, als er Revancheanspielungen machte, und seine Redensarten klangen besser mit weit verbreiteten Gefühlen zusammen, als die Ausschneidereien des Herrn Pelletan.“

Das ist ein bemerkenswertes Zeugnis für den nüchternen Sinn maßgebender Revanchepolitiker und für ihre Bedeutung als Träger der Stimmung weiter Volkskreise. Wie eine Parodie auf Feldmanns Annahme wachsender Erfolge der Friedensbewegung in Frankreich aber liest sich der Leitartikel „Deutschland und Frankreich“, in dem die „Voss. Ztg.“ (Nr. 570 vom 5. Dezember 1901) den Einfall des Abgeordneten Massabuau, in der Kammer Sitzung vom 3. Dezember 1901 einem *modus vivendi* mit Deutschland das Wort zu reden, gewürdigt hat:

„Gambetta war einer Begegnung mit Bismarck... nicht abgeneigt, Jules Ferry suchte gute Beziehungen mit Deutschland zu pflegen. Aber was ist damit bewiesen? Etwas, daß sie nicht freudig jede Gelegenheit benutzten hätten, um über Deutschland herzufallen, wenn sie auf überlegene Bundesgenossen und den sicheren Sieg rechnen konnten? Und heute, ist es anders? Der Zar brauchte nur die Zusage zu machen, daß er die Kosaken marschieren lasse, und in Frankreich ertönte der Ruf: „A Berlin“, und Herr Massabuau wäre nicht der letzte, der in ihn einstimmte. Wie die Franzosen denken und fühlen, das hat man während des Prozesses von Rennes und bei der Veröffentlichung der frechen Briefe des Generals Bohron an den Grafen

Waldersee gesehen. Und man sieht es auch bei der Rede des Herrn Massabuau. Wo findet er in der französischen Presse Zustimmung? Charles Ferry wollte gestern in der Kammer gegen die „gehässige Verleumdung“ protestieren, daß sein Bruder Jules ein Einvernehmen mit Deutschland erstrebt habe, und dieser Protest wurde überflüssig, da der tapfere Herr Massabuau . . . alle seine Ausführungen über die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich aus dem Bericht über seine Rede gestrichen hatte. . . Diese Rede war nicht das Ergebnis einer veränderten Stimmung der Franzosen, sondern eines überreichen Frühstücks.“

Die bisher wiedergegebenen, bis ins Jahr 1901 zurückreichenden Urteile der „Voss. Ztg.“ führen auch die Feldmannsche Behauptung, daß es die Politik Deutschlands war, die, besonders seit der Marokkoaffäre von 1905, einen Umschwung in der französischen Friedensbewegung bewirkte, gründlich ad absurdum. Es sei aber noch für eine hervorragende einzelne Persönlichkeit Frankreichs, nämlich für den bisherigen Präsidenten der Republik Deschanel, aus Nr. 544 der „Voss. Ztg.“ vom 20. November 1903 der Beweis geliefert, wie vollständig das aggressive Verhalten auf französischer Seite lag. Am bezeichneten Orte schreibt der Pariser Mitarbeiter im Bericht über die Verhandlungen der Kammer:

„Deschanels Liehbäugeln mit den Nationalisten . . . nimmt jetzt statt der früheren Hurraphrasen auf den Militarismus die Form feindseliger Äußerungen gegen Deutschland an. Diese Angriffe ziehen sich wie ein roter Faden durch die . . . Rede und bilden das einzige Bemerkenswerte an ihr.“

Um aber die Bloßstellung, in welche die „Voss. Ztg.“ durch die vorbehaltlose Übernahme des Ergebnisses Feldmannscher „Sammeltätigkeit“ geraten ist, vollständig zu gestalten, will es das Unglück, daß die „Voss. Ztg.“ vom 12. November 1904 (Nr. 533) in ihrem Leitartikel „Auswärtige Politik“ sogar die Annäherungsrede des Abgeordneten Jaurès als „zweideutig, mehr als zweideutig“ mit folgender Begründung zurückgewiesen hat: „Er besteht darauf, daß das vor 34 Jahren durch die Gewalt gebrochene Recht wiederhergestellt werde.“ Will sagen, Deutschland soll Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgeben. . . Es hieße der Ehre der deutschen Nation etwas vergeben, wollte man sich lang und breit bemühen, den Nachweis zu führen, daß die Anschuldigungen des Herrn Jaurès ebenso unberechtigt sind wie seine Forderungen.“

IV. Halt-, Würde- und Sinnlosigkeit der Französelei.

Die verspätete Mohrenwäsche, die jetzt in der „Voss. Ztg.“ an der französischen Revanchepolitik vorgenommen wurde, bedeutet also vom Standpunkte der „Voss. Ztg.“ selbst eine Vergewaltigung der wirklichen Begebenheiten. Nicht unerwähnt kann hierbei der Umstand bleiben, daß die der Vergangenheit angehörigen Urteile der „Voss. Ztg.“, mit Ausnahme zweier über die Revanchereden Andrés und Pelletans, von demselben Redakteur beantwortet wurden, der nun Feldmann gestattet hat, die französische Revanchepolitik auf Kosten Deutschlands zu entlasten! Diese grundlose Anklage Deutschlands steht in engster Verbindung mit dem von der „Voss. Ztg.“ gleichfalls ohne Vorbehalt aufgenommenen Beeinflussungsversuch eines Franzosen, der

jeden Zusammenhang zwischen Kriegsausbruch und französischen Revanchehoffnungen bestritten, damit ein bußfertiges Deutschland das „Wiedergutmachungs“-Problem mit französischen Augen sehe. Zu einem Zeitpunkte veröffentlicht, da die Entscheidung über die Milliardenlast, unter der das deutsche Volk Jahrzehnte hindurch seufzen und darben soll, im Werden ist, erscheint jene Anklage um so mehr als eine Verfündigung an lebenswichtigen Interessen Deutschlands, je grundloser sie nach den früheren, unbeeinflussten Urteilen der „Voss. Ztg.“ ist.

Erhoben aber wird die grundlose Anklage gegen das eigene Vaterland im Rahmen eines Aufsatzes, der erklärtermaßen der Verständigung Deutschlands mit Frankreich dienen will. Es muß deshalb ausgesprochen werden, daß eine Verständigungspolitik solchen Schlages nicht nur des nationalen Taktes und der nationalen Würde ermangelt, deutsche lebenswichtige Interessen nicht nur im Punkte der „Wiedergutmachungs“-Frage verletzt, sondern auch die deutsch-französische Verständigung im allgemeinen gefährdet. Denn ein Deutscher, der unter gleichzeitiger Anschuldigung Deutschlands die französische Revanchelüsterheit verkleinert, erneuert und steigert den Deutschenhaß der französischen Massen, weil diese so sich erst recht als das friedfertige Opfer eines deutschen Aberfalls fühlen werden. Eine Massengestinnung dieser Art ist aber die festeste Stütze der imperialistischen Staatsmänner Frankreichs, von denen nach bitteren, jedoch keinen Geschichtskundigen überraschenden Erfahrungen der letzten zwei Jahre befürchtet werden muß, daß sie im Geiste des oben (S. 93) wiedergegebenen „Matin“-Geständnisses das Ziel der Vernichtung Deutschlands als durch den Frieden von Versailles nur halb erreicht ansehen. Werden diese französischen Imperialisten gewahr, wie gern man in Deutschland nach der Lockpfeife ihrer Landsleute tanzt, dann müßten sie ihre Natur verleugnen, wenn sie es unterließen, mit dieser deutschen Selbstentäußerung den französischen Größenwahn und die französische Herrschsucht zu mästen. Darum wird eine wahrhafte deutsch-französische Verständigung durch die Französelei der „Voss. Ztg.“ gefährdet, nicht gefördert.

Berlin, Oktober 1920.



Bürokraten-Briefe*)

Von Unterstaatssekretär a. D. Freiherr v. Falkenhausen

VIII. Arbeiten und nicht verzweifeln!

Sie fragen mit Recht, wo das alles hinaus will. Wenn ich unseren Meinungsaustausch überdenke, muß ich zugeben, daß die Kritik sich darin auf Kosten fruchtbarer Zukunftspläne allzu breit macht. Halten Sie's meiner Verzweiflung über das Elend unserer Lage zugute und über die Verblendung derer, die den Weg in den Abgrund

*) Nachstehende „Bürokraten-Briefe“ des bekannten Verfassers stammen aus dem Winter 1919/20. Siehe auch „Grenzboten“ 1920, Heft 44/45, 46, 47/48, 49, 50/51 und 1921, Heft 1, 2/3.